Der alte Mann und der Staat

Erich Honecker war bei ihm Kunde, und auch „Sudel-Ede“ vom „Schwarzen Kanal“ bestellte bei ihm seine dicken Augengläser. Dann machte sich Klaus Nowak in der DDR unbeliebt. Stasikader mobbten ihn bis in die Bundesrepublik hinein. Über einen, der nur Optiker sein wollte.

Von Jan Rübel, FR7 – Magazin der Frankfurter Rundschau, 08.08.2026

Dass er sich mühsam die neun Stockwerke zu seiner Wohnung hochstemmt, scheint kein guter Anfang für eine Geschichte über ostdeutsches Leben zu sein, aber das von Klaus Nowak steht im neunten Jahrzehnt. Und außerdem ist der Fahrstuhl kaputt. Die rechte Hand am Geländer, hält er leicht vornübergebeugt nach allen 16 Stufen auf den Etagen an, die Decken im Plattenbau sind nicht gerade hoch. Es ist Juni 2022. Eigentlich, murmelt Nowak, sollte in jedem Geschoss ein Stuhl stehen, so hatte es der Vermieter in Aussicht gestellt. Er sagt es wie nebenbei. Und richtet wieder den Blick auf den nächsten Schritt. „Na gut.“ Er sagt das oft, als wolle er sich mit etwas arrangieren, mit den Unbill hier und da und aus einem Hang heraus, nicht allzu anzuecken. Das bekam ihm früher schlecht.

Im ersten Stock seines Lebens lief er auf dem Weg zur Grundschule an den Weltkriegstrümmern des Hausvogteiplatzes in Berlin vorbei, und sein Vater trat aus der SED aus, denn ihm war das zu wenig SPD.

Im zweiten wunderte er sich, dass die Kreuzworträtsel nach dem Mauerbau immer öfter nach den Namen kaum bekannter sowjetischer Schriftsteller fragten.

Im dritten fand er seine Leidenschaft in der Augenheilkunde und eine Anstellung im größten Optikergeschäft der DDR und ganz Europas.

Im vierten stolperte er über sein Mundwerk und seine Courage, da leerte er nur noch den Papierkorb.

Im fünften sollte alles anders werden. Aber die Geister der Vergangenheit nisteten sich in der neuen Republik besser ein als er.

Im sechsten wollte man ihn nicht mehr so recht, man war mit 9/11 und den ersten Smartphones beschäftigt. Er wurde mit 60 verrentet, das ergab 1400 Euro im Monat.

Im siebten, achten und neunten fand er, dass diese Summe seine früheren Jahrzehnte nicht angemessen würdige. Er beschwerte sich. Da schrieb ihm eine Staatssekretärin: „Das hat mich betroffen gemacht." Der Bundestag würdigte ihn im Oktober 2022 mit einem persönlich zugeschnittenen Beschluss, und eine Abgeordnete schwärmte: „Dank ihm haben wir nun einen Präzedenzfall geschaffen." Nur geschah dann nichts. Seine Asche verschwand zweieinhalb Jahre später in einem namenlosen Loch, immerhin übernahm der Staat die Kosten der Beisetzung. Mit ihm hatte Nowak in all diesen Dekaden eine ungesunde On-Off-Beziehung: Mal stalkte der Staat ihn, mal er den Staat. Nur waren die Kräfte ungleich verteilt. Deshalb am Ende das Grab Nr. P33-KB33-37. Das Friedhofsregister vermerkt das Feld mit dem Dutzend Lochreihen und hüfthohen Birken, unter denen die ordnungsbehördlich Bestatteten landen, als Gruft.

All dies ahnt er nicht an diesem Junitag 2022, als er, mit seinen 80 Jahren endlich oben angekommen, seine Wohnungstür aufschließt. „Ich hab es heute mit der Blase", rasch aufs Klo. Nowak lebt mit einer Prostataentzündung, „ich hoffe, dass es nicht mehr wird". Die Tapete mit Farnmuster hatte er 1979 gemeinsam mit seinem Vater gekleistert, in der Küche hängt ein Poster mit den Hochhäusern Manhattans. „Da möchte ich irgendwann nochmal hin." Ein Traum hatte sich in ihm entfaltet, als er 1961 mit drei Freunden einen Film im Westberliner Sportpalast gesehen hatte – „Windjammer", ein Dokumentarfilm über die Fahrt eines Segelschulschiffs von Oslo nach New York, gedreht im *Cinemiracle*-Format: Je drei Kameras und Projektoren werfen ein unverzerrtes Breitbandbild auf die Leinwand, alles ist groß und weit und frei.

Wenige Tage nach diesem Filmwunder wurden die drei Freunde vom Mauerbau überrumpelt. „Meine Eltern hatten vereinbart, dass ich bei einer drohenden Grenzschließung zur Oma in den Westen nach Berlin-Wedding soll", aber plötzlich war

alles abgeriegelt. Sein Freund Reinhard hatte sich spontan in eine Ausflüglergruppe aus dem Westteil gemischt, die durch die beiseitegeschobenen Stacheldrahtsperren zurückradeln durfte, doch Nowak schreckten die aufgesetzten Maschinengewehre ab. Auch war er nicht so mutig wie seine beiden Ex-Freundinnen, die Jahre später heimlich rübermachten; eine hatte sich im Kofferraum eines Autos versteckt.

Plötzlich hellt die Sonne die Wände seines Apartments am Anton-Saefkow-Platz auf, der ersten Großwohnsiedlung der DDR, die in den vorigen Siebzigern für 50.000 Menschen hochgezogen wurde. Im Regal schimmert Fachliteratur über Optometrie und Augenmotorik, er greift ein medizinisches Fachwerk heraus, nimmt eine Wärmflasche und geht mit beidem wieder zur Wohnungstür. Die Arbeit wartet. Unten, keine 200 Meter von seiner Wohnung entfernt, wird er weiter an einem Fachartikel über Optische Biometrie arbeiten, es hat mit dem Versuch zu tun, das ganze Auge zu vermessen. Sein Heim verfügt über ein Zimmer und ein Bad, keinen Balkon und keinen Computer. Zum Schreiben muss er in die Lichtenberger Stadtbibliothek, in der Abteilung für Mädchenromane steht ein großer silbern schimmernder Laptop aus vergangenen Zeiten. Dutzende Fachaufsätze hat er darauf geschrieben, sie bessern seine Rente auf, „für einen eigenen Rechner reicht es aber noch nicht“, von den 1400 Euro gehen 350 für die Miete ab, 50 für Medikamente und dann die Kosten für Wissenschaftsliteratur.

Auf dem Weg nach unten kommt ihm eine Nachbarin mit Kleinkind entgegen, beide grüßen sich nicht. „Früher hat man sich auch nicht gekannt“, schnauft er kurz durch. Als er 1985 in der DDR einen Ausreiseantrag gestellt hatte, „ich sagte, ich will reisen und fremde Länder sehen“, hatte die Kriminalpolizei einen Ermittlungsbericht an die Stasi gekabelt. Er sei „als ein Optiker mit einem guten Ruf bekannt, und auch im Hause wird seine Arbeit als fachlich ausgezeichnet bewertet“. Über seine Wohnung schrieben die Ermittler: „Besuche bekommt er keine, auch hat er keine Lebensgefährtin, noch andere Bekanntschaften.“ Er lächelt. „Nun, die wussten auch nicht alles. Hatte ich schon mal.“

Nowak ist einer, der kaum auffällt. Er trägt pastellfarbene Hosen und Jacken, seine Unterlagen meist in einer Plastiktüte. Einer, der auf der Straße um Geld Bittenden oft einen Euro zusteckt, sie und jeden anderen höflich und zurückhaltend anspricht, seine kleinen Augen umrandet dann ein leichter Schalk. Kaum vorstellbar, dass man

versuchte, ihn als Querulanten abzustempeln. Doch dazu geriet man damals schneller als heute. Bei Nowak war es sein Ärger über mangelndes Berufsmaterial. Seine Geschichte ist auch eine über jemanden, den man nicht in Ruhe machen ließ.

1971 heuerte er als Augenoptiker im Fachgeschäft der Firma VEB Carl Zeiss Jena in Berlin-Mitte an. Die Filiale galt als international angesehenes Aushängeschild, die DDR-Elite ließ sich dort behandeln. „Erich Honecker trat sehr freundlich und schüchtern auf“, erinnert er sich, „aber er durfte nicht erfahren, dass wir den nötigen Glasdurchmesser nicht hatten und die Linsen aus dem Westen besorgen mussten.“ Die für den Staatsratsvorsitzenden charakteristische Fassung aus Horn war indes immer speziell als „Honecker-Modell“ bei den Rathenow Optischen Werken vorrätig.

Nowak behandelte Stasi-Offiziere und Nationalratsmitglieder, russische Geheimdienstler und Minister des Pol-Pot-Regimes aus Kambodscha. Nebenbei passte er im Charité-Krankenhaus weiche Kontaktlinsen an; seine Bewerbung ans Regierungskrankenhaus scheiterte wegen einer Stasi-Beurteilung: „fachlich … sehr gut geeignet, auf Grund seiner politisch oft kritischen Haltung … raten wir dennoch zur Ablehnung“. Als kritisch galt schon, dass er bei schweren Fällen wie hohen Sehschwächen oder Netzhautproblemen den Patienten zu Produkten aus dem Westen riet.

In der Stadtbibliothek setzt sich Nowak auf einen kleinen Stuhl für Teenager, er schiebt seine Brille zur Nasenspitze. „Die Laptopmaus funktioniert nicht. Na gut.“ Irgendwann habe er genug gehabt, von der Enge und überhaupt, deshalb der Ausreiseantrag. Dafür wurde er ins Rathaus Berlin-Lichtenberg geladen, eine Frau habe ihn angeherrscht: „‘Was wollen Sie denn drüben in der Ellbogengesellschaft?‘“ Er schmunzelt. „Heute würde ich ihr nicht ganz Unrecht geben.“ Wegen der vielen sensiblen Kundenkontakte zur DDR-Prominenz und zu ihrem Sicherheitsapparat fürchtete Nowak verhaftet zu werden, also kündigte er und wurde einer Firma zugeteilt, in der er täglich 500 Löcher in künstliche Augenlinsen bohren musste, jeweils 0,5 Millimeter groß, „das Mikroskop war ziemlich schlecht“. Dann erblindete plötzlich sein Vater. Dessen Erkrankung, Nowaks eintönige Arbeit, die ewige Warterei auf seinen Antrag, es war zu viel; 1986 zog er ihn zurück. Kehrte zur VEB Carl Zeiss Jena zurück, nur ließ man ihn nicht als Optiker arbeiten, sondern schob ihn auf einen Posten ab, auf

dem er defekte russische Kameras entgegennehmen musste. „Ohne Sinn musste ich Projektoren von den Regalen nehmen und gleich wieder hochstellen“, da sei Papierkörbe zu leeren noch eine angenehmere Abwechslung gewesen.

Im Frühsommer 1989 dann, mit den ersten Demonstrationen gegen die DDR-Regierung, kam er wieder in seinen Optikerberuf, allerdings bei einer anderen Filiale, wo man ihn in untergeordneter Stellung für weniger Gehalt arbeiten ließ. Alle drei Kolleginnen dort waren mit hauptamtlichen Mitarbeitern der Stasi verheiratet, Geschäftsführer und Kaderleiter wurden als Informelle Mitarbeiter (IM) geführt. Das Klima sei angespannt gewesen, eine Endzeitstimmung machte sich breit. Man sah gemeinsam dem Mauerfall zu, aber mit unterschiedlichem Gefühl. Drei Tage bevor der Einigungsvertrag am 3. Oktober 1990 in Kraft trat, entließen sie ihn. „Sie setzten mich einfach vor die Tür, nannten mir keinen Grund.“ Gab es Streit? „Nein, aber gegenseitigen Argwohn. Man beäugte sich.“

Nowak nimmt einen Anwalt, der rät ihm abzuwarten, die neuen Gesetze der Bundesrepublik würden noch nicht greifen. Das Arbeitsamt ist in die ehemalige Stasi-Zentrale Lichtenberg gezogen. Zwei freundliche Angestellte hören ihm zu, sie sind aus dem Westen und lernen die Belegschaft an. Sie eröffnen ihm, der Arbeitgeber habe ihm wegen „rufbildschädigendem Verhalten“ gekündigt. Er berichtet von den Stasi-Kontakten im Betrieb, von fachlichen Inkompetenzen und gibt eine „Wahrheitsgemäße Erklärung“ ab. Bei seinem zweiten Termin sitzt ihm eine alte Bekannte gegenüber: Die Frau, die seinen Ausreiseantrag bearbeitet und ihn als Klassenfeind angeraunzt hatte – nun in neuer Position beim Arbeitsamt. Sie verfügt eine Sperrzeit. Nowak erhält kein Arbeitslosengeld, weil er aus ihrer Sicht die Kündigung selbst verschuldet habe.

Nowak setzt auf die neue Zeit. Die Zeiss-Filialen werden 1991 von Apollo Optik aus dem Westen übernommen. Er ist 49, er arbeitet in der Zwischenzeit befristet in Kreuzberg, will aber unbedingt zu Apollo, als sei da noch eine Rechnung offen. „Beim Optiker am Kottbusser Tor sagte es mir nicht zu. Die Kunden waren nett, aber die Kollegen waren politisch ziemlich rechts eingestellt“. Er wird wieder arbeitslos, seine Bewerbung bei Apollo läuft. Endlich im Jahr 1993 die Antwort: keine Anstellung, keine Angabe von Gründen.

Er fällt in ein Loch, „ich konnte mir das nicht erklären“. Und er erkrankt an einem Tubenkatarrh, sein Mittelohr wird nicht mehr ausreichend belüftet. Er hört immer schlechter. Das Arbeitsamt zieht seine Ersparnisse vom Arbeitslosengeld ab, obwohl er diese für eine Kur in den Alpen braucht, „ich war mal ein Wochenende in den Bergen wandern gewesen, wegen des Höhenunterschieds knackte es in meinem Ohr, und am Abend konnte ich den Fernseher in der Pension wieder hören“. Doch für einen längeren Aufenthalt fehlt das Geld. Nowak bewirbt sich ein, zwei Mal woanders, scheitert aber wegen seines fortscheitenden Tuben-Katarrhs. Weiterbildungen genehmigt das Arbeitsamt nicht. Es ist die Zeit, über die ein Freund sagen wird: „Wegen Apollo brach etwas in ihm. Davon erholte er sich nie.“ Im Lauf der Neunziger zieht er sich zurück, trifft sich seltener mit Freunden.

1998 stellt Nowak beim Land Berlin einen Antrag auf berufliche Rehabilitation, er findet: Ihm ist in der DDR politisches Unrecht widerfahren. Er erhält Einsicht in seine Personalakten. Und erfährt, warum ihn Apollo 1993 nicht anstellte: Er findet dort seine „Erklärung“, die er seinerzeit beim Arbeitsamt abgegeben hatte und welche die Behörde rechtswidrig an den Betrieb geschickt hatte. Zudem stößt er auf Protokolle, nach denen sich Kollegen und Patienten über ihn beschwert hätten, sein Verhalten sei „unerträglich“ und „unzumutbar“ gewesen, Mitarbeiter in sämtlichen Zeiss-Filialen hätten sich geweigert, mit ihm zusammenzuarbeiten. Doch auf den Protokollen fehlen Stempel, Ortsangaben und Namen. Sie sehen nachgefertigt und rückdatiert aus. „Das war alles erlogen.“ Für den neuen Arbeitgeber aus dem Westen aber muss seine Personalakte wie ein rotes Tuch gewirkt haben.

Er fühlt sich, als hätte ihm jemand mit überlangen Armen von hinten einen Schwinger in den Magen versetzt. Der Antrag auf berufliche Rehabilitierung scheitert, Nowak wurde in der DDR nicht inhaftiert, seine Diskriminierung geriet in die Fahrwasser der politischen Wirren rund um den Einheitsvertrag. Und dann ist er eben ein Arbeitsloser mehr.

In den Neunzigern und auch in den Nullerjahren setzt er seine Arbeit an Artikeln fort, sie erscheinen in Fachzeitschriften in Deutschland und in der Schweiz. Doch die Honorare sind gering, und neben der knappen Rente seit 2003 missfällt ihm, wie das

alles gelaufen ist. Da ist die Zeiss-Akte mit den Protokollen, die ihm ein Rufmord ist, die Überzeugung: Da war etwas nicht okay.

Draußen weht milder Herbstwind, aber in der Stadtbibliothek bollern die Heizkörper. Nowak sitzt am kleinen Rundtisch, er nimmt seine schwarze Pudelmütze nicht ab. Langsam öffnet sich GIMP2.0, er will mit dem Bildbearbeitungsprogramm bestimmte Radien einer Hornhaut illustrieren. Nowak klickt sich langsam durch Tabellen. Dann hält er inne. Aus seiner Plastiktüte holt er ein Blatt, „das hatte ich ganz vergessen“. Darauf eine andere Tabelle, in ihr finden sich die Durchschnittsverdienste eines Optikers und seine Bezüge als Arbeitsloser, am Ende steht eine Zahl: 185.868 Euro, sie beziffert seine Verdienstverluste zwischen 1993 und 2002. „Das will ich alles gar nicht haben. Aber vielleicht die entsprechenden Arbeitgeberzahlungen in die Rente, damit sie besser wird.“ Er schweigt einen Moment. „Oder eine angemessene Entschuldigung.“

In Deutschland gibt es eine Institution, an die sich Bürger wenden können, wenn sie sich von staatlichen Organen ungerecht behandelt fühlen. Wenn sie die Gemeinschaft davon wissen lassen wollen oder dass an Stellschrauben der Politik gedreht werden soll. Den Petitionsausschuss des Bundestags erreichen täglich rund 50 Eingaben, in denen Sorgen und Beschwerden vorgetragen werden. Er ist ein Seismograf für die Stimmung in der Bevölkerung. 26 Bundestagsabgeordnete wählen pro Jahr rund 600 davon aus, über die sie gemeinsam beraten. Über den Fall Nowak beugen sie sich gleich zweimal.

2011 reicht er eine Petition ein. Er legt dem Ausschuss Ehrenerklärungen von Zeiss-Kollegen und Ärzten vor, Zeugnisse. Die Bundestagsabgeordneten stellen fest, er sei „offenbar ein hochgradig angesehener und umgänglicher Kollege“ gewesen. Sie attestieren, dass Arbeitsakten verfälscht wurden. Schließlich überweisen sie die Petition an das zuständige Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und fordern, eine Entschädigung zu erwägen. Doch es lehnt eine Kompensation ab. Dafür fehle eine rechtliche Grundlage.

Mit jeder neuen Legislatur kann eine neue Petition eingereicht werden. Nowak tut dies im Jahr 2019, die Abgeordneten nehmen sich wieder sein Schreiben vor. Sie kritisieren die Bundesagentur für Arbeit, die im Juni 2012 zuerst daran festhielt, dass durch das Verschicken von Nowaks Arbeitsamt-Erklärung an den Arbeitgeber „kein Datenschutzverstoß erkennbar“ sei. Im November 2012 hatte die Bundesagentur dann eingeräumt, dass „eine Datenübermittlung per Kopie unverhältnismäßig“ sei. Ferner schließt der Ausschuss, es erscheine „durchaus plausibel, dass der Petent infolge kritischer Äußerungen vor der Wiedervereinigung entlassen worden ist“. Noch einmal soll das BMAS eine Entschädigung erwägen. Die Antwort des Ministeriums: Man sehe leider keine Möglichkeit, die Zusammenhänge zwischen der angenommen Datenschutzverletzung und dem beruflichen Werdegang Nowaks seien nicht mehr nachvollziehbar.

Das reicht dem Ausschuss nicht. Er lädt eine Parlamentarische Staatssekretärin des Ministeriums vor. Sie bedauert, aber: keine Rechtsgrundlage. Dann kommt den Abgeordneten eine Idee. Wenn die Exekutive nicht will, kann vielleicht die Legislative einspringen. Warum führt der Bundestag keinen Härtefallfonds für solche Schicksale ein?

Am Morgen des 17. Oktober 2022 schweben die Abgeordneten über einen anthrazitfarbenen Teppich, er schluckt in den Seitenkämmen des Paul-Löbe-Hauses jedes Geräusch und gibt es kaum her. Im Neubau, keine drei Steinwürfe vom Reichstag entfernt, tagen die Ausschüsse des Bundestags, 1700 Räume verteilen sich auf dem Areal. In den mit der Nummer 2.200 eilen die Mitglieder des Petitionsausschusses. Der CDU-Obmann hat Geburtstag, seine Fraktionskollegen singen ihm vor der Tür rasch ein Ständchen. Dann schließt sie sich. Nun übernehmen die Angestellten der Bundestagsverwaltung im Gebäude das Regiment, sie wischen die Geländer mit Staubtüchern ab, eine hebt einen kleinen Handstaubsauger. Die Halbtürme links und rechts machen alles rund, alles möglich.

Nach knapp einer Stunde öffnet sich die Tür. Die Abgeordneten der Unionsfraktion verlassen schnell den Saal, sie blicken grimmig bis teilnahmslos. Alle anderen Fraktionsvertreter des Petitionsausschusses überstimmten sie – es soll einen Härtefallfonds für Nowak geben. Er selber ist nicht da, ein Artikel muss noch fertig

werden. „Diese Ungerechtigkeit stieß auf unseren inneren Widerstand“, sagt eine Abgeordnete über Nowaks Lebensweg. Nun muss noch der Bundestag darüber abstimmen, „aber das ist nur eine Formalie“. Ein Abgeordneter stellt sich dazu. „Wir stehen hier als Überzeugungstäter“, sagt er, „wir sind die Vertreter von Herrn Nowak.“ Solch ein Fonds sei kein echter Ausgleich für sein erlittenes Leid, sagt eine andere Volksvertreterin, „aber ein Zeichen, dass er Recht bekommt“. Dann kommt die Ausschussvorsitzende, sie sagt: „Ich bin ein Stück beseelt.“ Bei der Bundestagspräsidentin sei der Fall nun gut aufgehoben.

In den Wochen darauf zeigt sich Nowak nach außen unbeeindruckt. „Der Bundestag muss ja noch abstimmen.“ Außerdem genießt er den Aufenthalt in einem Hotel am Tierpark. Der Vermieter hat wegen des kaputten Fahrstuhls reagiert und Nowak in ein 15 Quadratmeter großes Zimmer einquartiert, mit blumengemustertem Teppich, Doppelbett und Breitbild-TV. „Sowas bis ich gar nicht gewöhnt.“ Er gönnt sich öfters am Straßenimbiss eine Bratwurst und steckt Notleidenden nun zwei Euro zu. Und er nutzt im Foyer die modernen Computer, „das Internet ist ganz schön fix hier“. Wenn er arbeite, sagt er, drücke er alles weg, „alle Sorgen“. Dennoch umweht Nowak stets etwas, als sei er auf der Hut. „Mein genaues Geburtsdatum sage ich nicht“, damit könne Unfug geschehen. Und dann war da noch dieser Computerbildschirm im Foyer. Als er sich heute Morgen dransetzte, fand er auf ihm einen einzigen Satz: „‘Wir sind wieder da‘“ – Nowak fragt sich: Gilt das mir? Ist das die Stasi?

Am 20. Oktober 2022 stimmt der Bundestag ab. „Es geht um eine Petition“, sagt Vizepräsident Wolfgang Kubicki laut Sitzungsprotokoll. „Wer stimmt dafür?“ Bis auf die Abgeordneten von CDU und CSU heben alle ihre rechte Hand. Formell gibt dieser Beschluss die Petition der Bundestagspräsidentin zur Kenntnis, „soweit die Petition auf die Notwendigkeit der Schaffung eines Härtefallfonds aufmerksam macht“; was sie tut, „ein Selbstgänger“, hatten die Abgeordneten im Ausschuss gesagt. Doch hinter diesem komplizierten Satzungetüm verbirgt sich eine Hintertür, die ins Nichts führt.

Anfang 2023 ist noch nichts geschehen. Nowak wird unruhig. Er will sich in einem Fitnessstudio anmelden, „aber das kostet“, er fragt bei der Bundestagsverwaltung an, wie lange es noch dauere. Eine konkrete Antwort bleibt aus. Im Restaurant „Marco Polo“ am Anton-Saefkow-Platz bestellt er ein alkoholfreies Bier. „Spreche ich zu laut?“

Als er einen Finger ins rechte Ohr steckt und das Hörgerät neujustiert, knackt es und summt. Kleine Blitze zucken vor seinen Augen kurz auf. Diese Mails und Anrufe mit der „Politik“, sagt er, machten ihn müde. Sein Blick ist fahrig, er schaut sich öfters um. „Jetzt geht es ums Prinzip.“ Aber auch um das Geld, oder?

Nowak unterdrückt ein Lachen. „So eine Pizza würd‘ ich mir schon gern mal gönnen“, sagt er mit Blick auf die Karte. Als der Kellner kommt, winkt er ab.

Zwischen den Regierungsparteien nehmen die Konflikte zu, die Grünen wollen mehr in den Klimaschutz investieren, die FDP drängt darauf, Unternehmen zu entlasten und die SPD schielt auf steigende Renten. Aus dem Petitionsausschuss heißt es informell, je angespannter der Etat, desto schwieriger sei ein Härtefallfonds für Nowak. Offiziell aber ist nichts zu erfahren.

Eine Presseanfrage beantwortet der Bundestag im Februar 2023, indem er den Bundestagsbeschluss vom vergangenen Oktober schickt. Ein nochmaliges Nachfragen im März 2023 zum Stand des Härtefallfonds erhält als Reaktion den Verweis auf die „bereits übermittelten Links auf Dokumente des Deutschen Bundestags, aus denen sich der aktuelle Stand ergibt“.

Moment, heißt das, dass sich das Bundestagspräsidium mit dieser Angelegenheit noch nicht beschäftigt hat?

„Der relevante aktuelle Stand ergibt sich aus der Beschlusslage, die Ihnen … bereits als Links auf die entsprechenden Dokumente zugeleitet“ wurden, kommt als Antwort zurück. „Im Übrigen kann ich Ihnen mitteilen, dass die Sitzungen des Bundestagspräsidiums nicht öffentlich sind. Deswegen erteilt das Pressereferat hierzu keine Auskünfte.“ Die Kommunikation dreht sich im Kreis.

Im Sommer 2023 dann meldet der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags plötzlich Bedenken an, ob es verfassungsrechtlich möglich sei, dass der Bundestag einen Härtefallfonds beschließt. Der Ausschuss versucht, das Arbeitsministerium und das Justizministerium an einen Tisch zu bringen – diese könnten solche Fonds einrichten. Aber beide schieben sich die Zuständigkeit gegenseitig zu.

Ende August 2023, am Tag der offenen Tür des Arbeitsministeriums fasst sich Nowak ein Herz und geht hin, Leistenprobleme plagen ihn, „ich muss aufpassen, dass

ich mich nicht hinsetze, sonst komme ich nicht mehr hoch“. Er passt dort den Bundesminister ab, drückt ihm seine Akte in die Hand. Der verspricht, sich darum zu kümmern und schreibt ihm drei Wochen später, „dass mich Ihr Schicksal persönlich sehr berührt hat und es auch weiterhin betroffen macht“. Und verweist – auf den Petitionsausschuss. Der bleibt der kleinste Player in diesem *Blame Game*. Es klingt wie der Witz über Beamten-Mikado: Wer sich zuerst bewegt, hat verloren. Im Januar 2024 schließlich wird die Zugbrücke hochgezogen. Die Vorsitzende des Petitionsausschusses „wird leider keine Zeit finden für ein Gespräch“, heißt es auf eine Presseanfrage hin. Der CDU-Obmann im Ausschuss, dessen Geburtstag auf den Petitionsbeschluss im September 2022 fiel, antwortet auf die Bitte um ein Gespräch erst gar nicht. Und die Parlamentarische Staatssekretärin aus dem Arbeitsministerium, die der Ausschuss einmal vorgeladen hatte – hat sie Zeit? Eine Terminanfrage verweist das Ministerium an ihr Abgeordnetenbüro. Dieses schiebt die Zuständigkeit wieder zurück an die Behörde; das Gesuch versandet. Die Politik ist ein Schloss mit vielen Gängen.

Eigentlich sollte dieser Pingpong Nowak ermüden, aber er ist passionierter Tischtennisspieler bei TuS Hohenschönhausen. Er geht in den Belagerungszustand. Im Jahr 2024 wirft er viele kleine Anker aus, um sich seinen Erfolg, ein Bundestagsbeschluss nur für ihn, zu sichern: Nowak schreibt Mails. An den Petitionsausschuss, wieder an die Parlamentsverwaltung, an Abgeordnete, an verschiedene Bundesministerien und schliesslich an den Bundespräsidenten. Von manchen kriegt er verständnisvolle Antworten, Zusprachen, die Bitte um Geduld. Von anderen kommt nichts.

„Ich tu mein bestes mit den Beamten“, sagt Nowak, als er im Frühling 2024 über den Anton-Saefkow-Platz schlendert. Er passiert einen Findling, man fand den 27 Tonnen schweren Stein bei den Bauarbeiten zum Wohngebiet in den vorigen Siebzigern. Etwas Unbeirrtes geht von Nowak aus. Hart wirkt er nicht, sein Gesicht ist rosiger, der Schritt fester. Zu Weihnachten hatte er sich ein Geschenk gemacht: „Bewegung: Das Lebenselixier für unsere Gesundheit“, ein Buch des bekannten Sportarztes Hans-Wilhelm Müller-Wohlfahrt. Seine täglichen zehn Liegestütze hat er auf 30 erhöht. „Mehr als kämpfen kann ich ja nicht.“ Vielleicht meint er: Mehr als kämpfen will er nicht. „Womöglich bewegt sich ja noch was.“ Er schaut auf den

Findling, als würde der im nächsten Moment schweben, als wäre es sein Fels. Seine Sache. „Im Sommer will ich Radfahren. Das mach ich seit der Pandemie nicht mehr."

Im Sommer 2024 erhält Nowak eine Diagnose. Ärzte finden „Ausartungen", aber es sei zu wenig, sagt er am Telefon, „um es Krebs zu nennen". Doch im November lässt er milchigen Urin, er kommt nachts ins Krankenhaus, dann erfährt er am Morgen darauf, dass der Prostata-Tumor ein wenig streut. Zwei Tage später wird er mit Katheter entlassen, „die Krebszellen sind sehr wenige. Wenn die Rückenschmerzen verschwinden, schaffe ich alles andere selber". Radfahren übt er im Bett, tritt Kreise in die Luft. Bei Behörden ruft er immer noch an, erkundigt sich nach einer Entschädigung, schreibt Mails.

Mitte April 2025 kommt er ins Krankenhaus, man vermutet einen Grauen Star, die Eintrübung seiner linken Augenlinse. In der Parkklinik Weissensee entdeckt man dann eine Sehnervenentzündung. Ihn plagen Zahnschmerzen. „Ich hab' eine Heidenangst, dass es der Tumor ist", sagt er am Telefon. Im Hintergrund meldet sich die Stimme einer Pflegerin. „Herr Nowak, Sie haben Ihre Tabletten noch nicht genommen, das ist doch Kacke!"

Der Ton ist auch drei Tage später rau, als sich Nowak an einen Ecktisch im Patientenzimmer setzt. Vor drei Minuten wurde das Abendbrot serviert: Zwei Scheiben Graubrot, ein Stück Margarine, zwei Scheiben Jagdwurst und ein Fruchtjogurt. Ein Pfleger kommt rein: „Herr Nowak, warum haben Sie noch nicht aufgegessen? Los jetzt!" Aber Nowak ist in Erzähllaune. Man habe bei ihm eine MRT-Untersuchung gemacht, „im Magnetfeld hat sich ergeben, dass es nur im Rückenmark ganz kleine Metastasen gibt", das gebe ihm Hoffnung. „Ich will ja noch weiterleben." Draußen fliegen Schwalben tief unter der Sonne.

Hat er jemals etwas bereut?

„Ich hätte in die Partei eintreten sollen", sagt er, „dann hätten sie mich vielleicht in Ruhe gelassen." Und: „Die Christa war ein hübsches Mädchen, wir waren ein Paar. Aber ich hätte mich mehr um sie kümmern müssen. Vielleicht hätten wir dann gemeinsam die Republikflucht gewagt." Sie sei jetzt irgendwo im Westen. Wer war Christa? Der Pfleger schaut nochmal rein. „Herr Nowak!"

Die Zahnschmerzen nehmen zu, nur gibt es in der Parkklinik keinen Zahnarzt. Nowak wird ins Sana Klinikum Lichtenberg verlegt. „Ich hatte heute einen Termin zum Zahnziehen“, sagt er Anfang Mai am Telefon, „aber es gab keine Pflegekraft, die mich die 200 Meter durchs Spital hätte schieben können“. Wegen des vielen Liegens im Bett haben seine Beinmuskeln nachgelassen. Er ist in der Geriatrie. „Das ist hier wie ein Pflegeheim, dabei bin ich doch nur wegen der Sehnervenentzündung ins Krankenhaus gekommen!“ Schließlich werden ihm in den kommenden Tagen zwei Zähne rausoperiert. Man schickt ihn nachhause, „die ganze Station wurde evakuiert, es gab eine ‚Situation‘, wohl eine Infektion“.

Doch zuhause fühlt er sich schwach, die Schmerzen bleiben, bewegen kann er sich kaum. Er ruft den Notarzt. Ein Krankenwagen bringt Nowak ins Unfallkrankenhaus Marzahn. Auf dem Handy tippt er noch einen Fachartikel für den „Augenspiegel“ fertig, eine Fachzeitschrift. Er schaut angestrengt und entrückt zugleich aus, redet langsamer. Wegen der Zahnlücken versteht man ihn schlecht, das Hörgerät funktioniert nicht mehr. Eine Mauer baut sich um ihn auf. „Vielleicht ist auch mein Ohr verstopft.“

Jedes Mal, wenn man sich von Nowak verabschiedete, sagte er: „Bleiben Sie gesund, wir leben in schwierigen Zeiten.“ Heute sagt er: „Bleiben Sie gesund, wir leben in beschissenen Zeiten.“

Im Flur schüttelt die Pflegerin den Kopf. „An das Hörgerät dürfe sie nicht ran, aus Versicherungsgründen. Wir haben hier auch niemanden, der sich damit auskennt.“ Und die Möglichkeit einer Ohrenverstopfung? „Ich kann es den Ärzten mitteilen. Ob sie es wahrnehmen, weiß ich nicht.“

Nowak wird in ein Einzelzimmer verlegt. Am 10. Juni sagt er: „Ich muss wieder auf den Damm kommen.“ Er werde sich Mühe geben. Und: „Mir ist heiß.“ In den Folgetagen dämmert er, im Schlaf streckt er die Arme hoch, greift nach dem Nachttisch. Sein Unterkiefer schiebt sich hinter die verbliebenen Vorderzähne. Die Ärztin gibt keine Auskunft darüber, was los ist. Datenschutz. Der Staat hat ihn für sich allein. Dann isst und trinkt er nichts mehr. Seine geschlossenen Augen schauen auf ein Foto an der Wand, es zeigt neun rote Mohnblumen in einem reifgelben Getreidefeld.

Am 27. Juni legt sich ein Bartpflaum über seinen Hals. Eine „Alpha Active 3“-Pumpe rauscht am Bettende, sie ist mit der Matratze verbunden und sorgt dafür, dass Nowak sich nicht wund legt. Er scheint im Dauerschlaf. Ein Pfleger kommt herein, er wedelt mit zwei Joghurtbechern. „Schoko oder Vanille?“

„Darauf werden Sie keine Antwort kriegen.“

„Entscheiden Sie für ihn.“

Als wäre es so einfach. Schoko oder Vanille? Apfel oder Birne, Ketchup oder Mayo – beides wäre süß und ok, nur fragte man Nowak in seinem Leben im Grunde nie. Da wurde für ihn entschieden. Und dann ausgesessen. Eine Entschädigung oder eine Entschuldigung etwa passt nicht in die Struktur; wäre der Staat ein Mensch, hätte er kein Gesicht. Auf Nowaks Nachttisch kommt ein Vanillebecher und wird dann Stunden später abgeräumt.

Zwei Tage später geht am Morgen Nowaks Blutdruck runter und der Herzschlag rauf. Um 08.27 Uhr findet ihn eine Schwester tot im Bett. Die Pathologie sagt am Telefon: Schon die Parkklinik hatte im April beim MRT festgestellt, dass der Prostatakrebs stark metastasierte, überall war, jedes Organ befallen hatte. Ob Nowak es nicht genau wusste oder nicht wissen wollte; vielleicht wollte er kaum aufgeben, den Tumor eben beiseiteschieben, seinen Felsblock weiter hinaufwälzen. Ein Fachartikel musste fertig werden. Die Akte Nowak schließt sich für den Staat. Nur noch nach Angehörigen ist zu suchen. In den Folgewochen findet sich niemand.

Die Sterbeglocke des Friedhofs St.Andreas-St.Markus in Alt-Hohenschönhausen läutet eilig und stramm, als ein Bestattungsgehilfe am Vormittag des 27. August die schwarze Keramikurne mit Nowaks Asche nimmt und langsam aus der Kapelle tritt, die Sirene eines Krankenwagens heult müde in der Ferne. Nach 300 Metern, beim Loch eines Urnenfelds ganz hinten am Friedhofsrand angekommen, lässt er das Gefäss herab. Er sagt: „Ruhe sanft.“ Er wirft eine Handvoll Erde drauf. Die Prozedur dauert 46 Sekunden, der Gehilfe ist allein. Eine Krähe ruft.

Zur selben Zeit an diesem Tag, sieben Kilometer südwestlich, öffnet die ehemalige Optikerfiliale in der Spandauer Strasse ihre Tür. Nowaks alter Arbeitsort, an dem alles begann, nennt sich jetzt „Berlin Dungeon“. Die Touristenattraktion lädt ein

zur Führung entlang Berlins dunkler Geschichte, wie es auf der Website heisst: mit einem Labyrinth aus Spiegeln, einem „Fahrstuhl des Grauens“ und schliesslich dem „Indoor-Freifallturm Exitus“. Zwei Monate später erscheint im Oktober 2025 Nowaks letzter Beitrag im „Augenspiegel“ unter dem Titel „Vergrössernde optische Hilfsmittel“. Sein Grab ist 20 Zentimeter breit und 25 Zentimeter lang.